

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 31 Globalisierung (1998), S. 150-157

Autor: Wolfgang Melchior

Rezension

Lester C. Thurow

Die Zukunft des Kapitalismus

Deutsch von U. Reineke mit Chr. Ferdinand-Gonzales und A. Haarkamp. Hg. von M. Horx. Düsseldorf/München 1996 (Metropolitan), 527 S., 98.- DM.

Der Ökonom Lester C. Thurow darf wohl zu den rührigeren seiner Zunft gezählt werden: an vorderster Stelle stehen dabei sein ebenso unerbittlicher wie -müddlicher Publikationsdrang und -erfolg, seine verschiedenen Aufgaben in den *editorial staffs* so bedeutender Printmedien wie Newsweek und der New York Times sowie die akademische Tätigkeit an der Sloan School of Management an (nach wie vor) dem *think tank* der USA, dem MIT. Nicht nur wegen der populärwissenschaftlichen, oft auch ins Simplistische und Breitfedrige abgleitenden publizistischen Ambitionen der letzten Jahre Die *Null-Summen-Gesellschaft* und *Kopf an Kopf* handelte er sich den Spitznamen „Less (than) Thorough“ ein. Der Neid wie die Unfähigkeit der Kollegen, die es offensichtlich nicht verstanden haben, eine natursprachliche Schneise in die wirtschaftswissenschaftliche Formalsprache zu schlagen, mag dabei genauso eine Rolle spielen wie Thurows nicht gerade ideologisch im Trend liegenden links-liberal-keynsianischen Ideen und, als dessen Kehrseite, sein Beharren auf althergebrachten ideologischen Ladenhütern. Gerade sein immer wieder vorgetragenes Credo, wir befänden uns in einer Zeit des Umbruchs, legt die Vermutung nahe, hier präsentiere sich jemand, der neue Leiden mit alten Mitteln heilen will.

Die Zukunft des Kapitalismus ist der Versuch, das kapitalistische Wirtschaftssystem, das nach dem Ende des Kalten Kriegs konkurrenzlos übrig blieb, mit Aufgaben vertraut zu machen, zu deren Lösung ihm die Mittel fehlen oder schwinden. Ob dieser Mangel vorübergehender oder prinzipieller Natur, ob naturgesetzlich-deterministisch und damit unveränderbar oder nur naturhaft-veränderbar ist, bleibt über weite Strecken des Buches unklar. Genauso unklar bleibt, ob diese Aufgaben innerhalb dieses Systems oder nur durch dessen Sprengung bewältigt werden sollen oder können.

Diese Unklarheit ist in erster Linie der Anlage des Buches zuzurechnen, das mit zwei aus den Naturwissenschaften entlehnten Hauptmetaphern oder -analogien operiert:

1. Thurow macht heutzutage fünf Tektonikplatten der Wirtschaft aus, die in dauernder, wenn auch oberflächlich kaum spürbarer Bewegung zueinander eine neue gesellschaftliche Konstellation hervorbringen, die eruptive Veränderungen zeitige. Zu diesen fünf Tektonikplatten (Kap. 3-7) zählen:

- das Ende des Kommunismus,
- die neue Ära wissenschaftlicher Technologien,
- das Anwachsen und Älterwerden der Weltbevölkerung; gleichzeitig deren zunehmende Mobilität in Form von Migrationen und Wohnortwechseln,
- die Globalisierung der Weltwirtschaft,
- die Tendenz zu einer multipolaren Welt ohne dominierende Einzelmacht.

2. Wir leben, so Thurows Gegenwartsbeschreibung, in einer Zeit des „gestörten Gleichgewichts“, in der sich Umweltbedingungen plötzlich, wenn auch nicht unerwartet, verändern und in der „nur die Stärksten überleben werden“.

Der methodische Mangel dieser Anlage ist, daß nicht ersichtlich wird, in welcher Verbindung diese beiden Metaphern eigentlich stehen. Sind beide kausal verantwortlich für ein Drittes, etwa die Krise des Kapitalismus oder -weitergehend - der Lebenswelten; schaffen die tektonischen Veränderungen einen Zustand gestörten Gleichgewichts oder ist es umgekehrt; sollen die Metaphern lediglich die methodologische Hilflosigkeit der Wirtschaftswissenschaften im Umgang mit holistischen Systemen vor Augen führen oder gar deren Unfähigkeit, langfristige Prognosen für das System als Ganzes zu leisten - nach dem Motto: je erfolgreicher die kurzfristigen Prognosen der Wirtschaftswissenschaften desto verschwommener der langfristige Zeithorizont? Thurow meint wohl von allem ein wenig, immer dann etwas Bestimmtes, wenn es (ihm) paßt.

Das Buch macht im Wesentlichen zwei Grundaussagen:

1. Demokratie als System egalitärer Rechte verträgt sich nicht mit dem Kapitalismus, einem System, in dem „nur der Stärkere überlebt“, oder anders: Technik (kapitalistische Praxis) und Ideologie („Wohlfahrt für alle“) driften im Kapitalismus immer mehr auseinander (oder „vermischen sich nicht mehr reibungslos“).

2. Dominante Systeme ohne Konkurrenz verlieren die Fähigkeit zur Anpassung an veränderte Umweltbedingungen. Nach dem Ende des Kommunismus und anderen veränderten Umweltbedingungen (siehe die anderen

Besprechungen

vier Tektonikplatten) ist heute der Kapitalismus das dominante System ohne Konkurrenz.

Bevor ich am Ende noch einmal auf diese beiden Hauptthesen eingehen werde, soll zunächst Thurows „ökonomische Plattentektonik“ abgeschritten werden. Die Demokratie, so Thurow, sei in der Vergangenheit des Kalten Krieges ein optimaler politischer Apparat gewesen, der die Verlierer und Schwachen des Marktes (Arbeitslose an erster Stelle) einsammelte und in die Gesellschaft reintegrierte. Dafür stand der Sozial- oder Wohlfahrtsstaat. Die Schaffung einer mehrheitsbildenden Mittelschicht war die Folge. Doch schon in den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts sind - so weisen die von Thurow herangezogenen Statistiken nachwachsende Disparitäten in der Einkommensverteilung aufgetreten, trotz steigenden Bruttoinlandsprodukts in den führenden Industrieländern: So sank z.B. in den USA das Einkommen für das untere Fünftel der Bevölkerung von 1973-1993 um 3%, während es für das obere Fünftel um 16% zunahm. Doch die Reallohnseinbußen mußten vor allem auch von der ehemals ideologisch wie politisch mehrheitsbildenden Trägerschicht des Kapitalismus, der Mittelschicht, hingenommen werden.

Zu dieser Polarisierungsthese steht nun Thurows Theorie der insgesamt fünf „Tektonikplatten“ in einem explikativen Verhältnis:

1. Mit dem Ende des Kommunismus hat sich durch Öffnung eines Marktes billiger und gut ausgebildeter Arbeitskräfte („der Sozialismus hat schon immer viel in die Bildung der Bürger investiert“) der Druck auf die untere Hälfte der Einkommen noch verstärkt (Faktorausgleichstheorem).
2. Gleiches gilt im Zuge der Globalisierung der Weltwirtschaft. Firmen lagern arbeitsintensive wie unqualifizierte Arbeit erfordernde Produktionsprozesse zunehmend in Billiglohnländer der Dritten Welt aus, die ihrerseits ihre quasi-sozialistische Überlebensstrategie der Import-Substitution (Substitution von Importgütern durch inländische Produkte mit dem Ziel kolonialer Unabhängigkeit) durch Beteiligung am Weltmarkt aufgegeben haben. - Lediglich am Rande taucht hier die Forderung Thurows auf, der Dritten Welt einen wirklichen Zugang zum Weltmarkt zu ermöglichen; der Überlegung, warum sich dies langfristig bezahlt machen könnte, geht er gar nicht nach.
3. Die Umverteilung von unten nach oben identifiziert Thurow mit einer Umverteilung von Jung nach Alt: „In den kommenden Jahren wird man den Klassenkampf wahrscheinlich neu definieren: nicht mehr ‘arm’ gegen ‘reich’, sondern ‘jung’ gegen ‘alt’“, (154). Die Alten profitieren heute noch von der freigebigen Sozialpolitik der Nachkriegsära, leben daher von großzügigen Pensionen und nehmen zahlenmäßig stetig zu. - Damit verbinden

sich nach Thurow zwei Problemfelder: Zum einen würden die Staatspensionen/renten zwar immer weniger umlagefinanzierbar (demographische Schieflage zwischen Alt und Jung), jedoch kümmere dieses fiskalische Problem die heutige ältere Bevölkerung herzlich wenig, weil sie „politisch unschlagbar“ sei. Der Sozialstaat degeneriere damit vollends zum Selbstbedienungsgesellschaftsapparat und wirtschaftete sich selbst bankrott. Zum anderen seien die Alten gegen zukunftsorientierte Investitionen, da sie davon nicht profitieren. Sie würden stets gegen Bildungs- und Schulprogramme stimmen. Repräsentative Demokratie als Machtapparat der Lobbys verhindere hier die nötigen Reformmaßnahmen.

4. Dieser letzte Punkt, so Thurow, trägt noch weiter in dem Maße zur Verschärfung der Krise des Kapitalismus bei, in dem unqualifizierte Arbeit in den Ländern der „Ersten Welt“ immer unwichtiger, Bildungsinstitutionen zur Höherqualifizierung der Mitarbeiter immer notwendiger werden. Nicht nur kann unqualifizierte Arbeit anderswo billiger eingekauft werden, sondern auch die Arbeitsprozesse haben sich durch neue Kommunikationstechnologien radikal geändert. Ganze Management- wie Arbeitsebenen wurden eingestampft und werden nun von höherqualifizierten Mitarbeitern übernommen.

Doch das eigentliche Problem liegt nach Thurows Ansicht darin, daß in Humankapital (Qualifikation von Arbeitskraft) nichts investiert wird. Der Kapitalismus habe aus drei wesentlichen Gründen Probleme mit Investitionen in Humankapital:

„1. An Humankapital läßt sich kein Eigentum erwerben.

2. Investitionen in Humankapital bedürfen eines längeren Zeitraumes, als der Kapitalismus es erlaubt.

3. Die Investitionen in Geisteskapital, die zum Aufbau wissensorientierter Branchen erforderlich sind, müssen in einem gesellschaftlichen Kontext getätigt werden, die der individualistischen Orientierung des Kapitalismus völlig zuwiderläuft.“ (413)

Dies gelte nun für alle drei Spieler des Marktes: die Unternehmen, die Haushalte und den Staat. Historisch gesehen haben die Unternehmen das staatliche Engagement im Bildungssektor genutzt und sich nach dem Rückzug des Staates aus diesem Bereich als Trittbrettfahrer der Haushalte verhalten. Die Arbeitnehmer haben nun selbst für ihre Ausbildung zu sorgen, erhalten jedoch keine betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen, weil die Unternehmen lieber höherqualifizierte Mitarbeiter einstellen als bestehende weiterzubilden. Das komme viel billiger. Vollends verfahren wird aus Thurows Sicht die Situation spätestens dann, wenn auch der *sucker* des Bildungssystems, die Haushalte, nicht mehr bereit und in der Lage sind, für die Aus-

Besprechungen

bildung der Kinder zu sorgen. Die Ausbildung wird immer teurer (um einen Job zu finden, muß die Qualifikation immer höher sein) und die Risiken der Ausbildung werden größer (wann bekommt man einen Job, und welchen?). Aus Sicht der Privathaushalte sinkt der Nutzen einer Investition in die Ausbildung der Nachkommen rapide.

5. All diese Schwierigkeiten könnten jedoch gelöst werden, wenn man einen Gesichtspunkt miteinbezieht, der bisher noch nicht angesprochen wurde: der Umstand, daß wir es nicht mehr mit Nationalökonomien allein, sondern mit einer globalen Weltwirtschaft zu tun haben. Bis in die 80er Jahre funktionierte die Weltwirtschaft so, daß die USA als Wachstums- und Investitionslokomotive den Rest der Ersten Welt mitzog; Japan und Deutschland erzielten ihre Exportüberschüsse vornehmlich mit den USA. Die ausgegebenen Dollars holte sich die US-Wirtschaft über Investitionen ausländischer Unternehmen wieder ins Inland. Obwohl es trotzdem zu einem Fall des Dollars kam (das Angebot überstieg tendenziell die Nachfrage nach dem *greenback*), hatten die USA - so Thurow - bis dato kein Interesse, an diesem Zustand etwas zu ändern; denn zum einen bewirkt ein Fall des Dollar um 5% ein Ansteigen der Verbraucherpreise um lediglich 0,2% in den USA, und zum anderen trugen gerade die Importe zu einer Abschwächung der Inflation bei: sie waren schlicht billiger als einheimische Produkte.

Trotzdem wird bei einer dauerhaften und weiteren Abwertung des Dollar dieser nicht mehr als Reservewährung anerkannt werden, meint Thurow. Grund hierfür ist, daß die ausländischen Unternehmen zwar alles in den USA für ..'nen Appel und 'n Ei' aufkaufen können, daß ihnen jedoch schon im nächsten Augenblick diese Investitionen inklusive deren Renditen in ihrer Heimatwährung durch die Finger rinnen. Thurow verwendet hier eine seltsam absolute Argumentation, der entgegnet werden kann, daß eine Währung als Reservewährung soviel Anerkennung besitzt, wie sie mehr Anerkennung gegenüber anderen besitzt (relativer Ansatz). Momentan und auf lange Sicht ist keine Währung auszumachen, die den Dollar ernsthaft in dieser Rolle ersetzen könnte. Zudem scheint Thurow zu glauben, der Außenwert des Dollar werde nicht durch die amerikanischen Notenbank, die Fed, gesteuert (vgl. Greenspans Maßnahmen, um den Dollarüberfluß wieder abzuschöpfen.) Und schließlich hat Thurows Argument die Geschichte eingeholt; denn der Dollar steht heute wieder auf ca. 1.80 DM, mit Tendenz nach oben. Wo und was waren die Kräfte, die dies bewirkten? Thurow bezieht sie nicht einmal hypothetisch in seine Überlegungen ein.

Kommen wir nach dieser Theorie der „fünf Tektonikplatten“ wieder zu den beiden Hauptthesen Thurows zu-

rück, nach denen Kapitalismus und Demokratie sich nicht länger vertragen und der Kapitalismus, als konkurrenzloses System, seine Anpassungsfähigkeit verliere. Kapitalismus und Demokratie liefern, so Thurow, nach dem Ende des Kalten Krieges kein *common good* mehr in Form des „Mehr Wohlfahrt für alle. und mehr Wohlfahrt als im Kommunismus“, weil sie es nicht brauchen. Auf der Suche nach dem neuen Gemeingut, das die Klammer des alten Systems zu übernehmen in der Lage sein könnte, bietet Thurow uns lediglich den Staat an. Dieser soll offensichtlich nicht mehr der alte Wohlfahrtsstaat sein (er kann es ja auch nicht mehr, da Thurow selbst zugibt, dieser sei bankrott); dennoch müsse der Staat noch drei Aufgaben wahrnehmen: eine antizyklische Fiskalpolitik nach keynsianischem Muster; eine Industriepolitik, die in Infrastrukturmaßnahmen und Grundlagenforschung investiert; sowie Investitionen ins Humankapital. Diese Aufgaben kann der Markt, wie Thurow meint, wegen der Langfristigkeit der Investitionen (unschätzbare Risiko), des Kapitalbedarfs und der individualistischen Orientierung des Kapitalismus (siehe oben: „Humankapital“) nicht wahrnehmen.

Doch dieser Lösungsansatz läßt die Kardinalprobleme unverändert. Denn wie sollen erstens diese Aufgaben noch vom Staat wahrgenommen werden, wenn er nach Thurows eigenen Analysen bankrott ist, ja mehr noch sich systematisch bankrott wirtschaftet? Was soll zweitens mit den Verlierern (die Soziologie nannte sie gestern „Modernisierungs-“, heute „Globalisierungsverlierer“) geschehen, oder, anders ausgedrückt, wie kann die (weitere) Polarisierung der Gesellschaft verhindert werden? Und wie kann drittens der nicht-individualistische Kontext geschaffen werden, innerhalb dessen die zukunftswichtigen Investitionen getätigt werden?

Zum ersten Problemkreis betont Thurow immer wieder die Notwendigkeit, in *long terms* zu denken und ökonomisch zu handeln, und gelangt so zur traditionellen Forderung, der Staat habe diese Langfristigkeitssaufgaben zu übernehmen. Was nicht sein kann, muß einfach sein, heißt seine Lösungsformel. Er scheint zu übersehen, daß die stattfindende Globalisierung - darin ist die Literatur sich heute weitgehend einig - die Deregulierung der nationalen Märkte und deren Öffnung zu einem globalen Weltmarkt zum Ziel hat und, infolge dessen, das Schwinden nationalstaatlicher Regulierungsmaßnahmen bewirkt. Aus Subjekten des Wirtschaftsgeschehens werden die Staaten zu Objekten der *global players*. Das Kapital sucht sich im expandierenden globalen Weltmarkt nun auch auf den Arbeitsmärkten die ertragreichsten bzw. kostengünstigsten Bedingungen. Diese Selektionsmacht der *global players* bedient sich, wie etwa D. Brock bemerkt, der staatlichen Organisationsmacht auf instrumentelle Art und Weise. „Ergebnisse

Besprechungen

nationaler Interessenausinandersetzungen sind für globale Akteure nur noch bloße Standortmerkmale, Daten für selektive Entscheidungen“ (Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33/34, 18). Damit aber wird die klassische Rolle des Staates als oberster Wirtschaftsakteur, die Thurow diesem noch zuweist, schwinden. Thurow spricht all dies noch nicht einmal an, und so geraten ihm auch eine Reihe nachfolgender Problemkreise nicht ins Blickfeld, wie die brennende Frage, wer oder was den Nationalstaat als Wirtschaftsakteur auf globaler Ebene ersetzen könnte (UNO, WTO ?), oder ob eine globale Instanz überhaupt vonnöten ist (Theorie des totalen Laissez faire). Er behandelt auch nicht die Frage, wie weit (horizontal geographisch, kulturell) die Globalisierung und wie tief (vertikal, gesellschaftliche Dimensionen betreffend) sie gehen kann, da auch die globalen Akteure keinen ökonomischen Reduktionismus, ohne Rücksicht auf kulturelle Eigenheiten des Standortes, betreiben. Auch ist die vertikale Integration gesellschaftlicher Sphären in den Globalisierungsprozeß nicht nur eindimensional, sondern schichten- und bildungsabhängig.

Was den zweiten Problemkreis, die Polarisierung zwischen unteren und oberen Einkommensklassen und das Verschwinden der Mittelklasse, betrifft, so wird dieser Vorgang sicher auf sozialer wie politischer Ebene Krisen zeitigen; doch bei Thurow findet sich kein einziges Wort zum ökonomischen Aspekt dieser Tendenz. Er sagt nichts darüber, daß wir es in einer globalen Weltwirtschaft mit einem trade-off zwischen Einkommenspolarisierung und Arbeitslosigkeit zu tun haben oder haben könnten, nach dem man entweder einen unterbezahlten (relativ zur Qualifikation und zur Vergangenheit) Job annimmt oder arbeitslos ist. Im Gegensatz zu Europa sind die USA den ersten Weg gegangen und haben (nicht nur deswegen) eine weitaus geringere Arbeitslosigkeit. Dieses amerikanische Modell besitzt zwei entscheidende Vorteile: einmal sind, im Gegensatz zum europäischen Modell, Wachstum und job creation wieder gekoppelt. Zum zweiten hat das amerikanische Modell weit geringere staatliche Sozialkosten zu bewältigen. Zwar wiegt der Einwand, daß Europa solche soziale Polarisierung nicht akzeptiert, schwer, da die damit verbundene soziale Kohäsion stets ein Standortvorteil Europas war; er wird jedoch empirisch konterkariert: der Sozialstaat ist bankrott, und jeder versucht, die letzten Vorteile aus dem Sozialsystem herauszuschlagen. Die Forderung nach „sicheren Jobs mit sicherem Einkommen“ in Europa ist so selbst zur Ideologie der alten Besitzstandsbourgeoisie geworden.

Unerwähnt läßt Thurow auch, daß die Polarisierung eine direkte Folge der Globalisierung des Arbeitsmarktes darstellt, und daß dies zwar Nachteile für die hiesigen Einkommensempfänger, aber auch Chancen für die Länder

bietet, die mit Niedriglohn Investitionen locken. Zugegeben, die Verlagerung von arbeitsintensiven Produktionszweigen dient weniger dem Zweck, der Dritten Welt zu helfen, sondern folgt der einfachen Formel „Übermittlungskosten „Lohndifferenz“ und will primär die Produkte kostenseitig niedrig halten. Als Folge wurde jedoch ein Prozeß in Gang gesetzt, der den Ländern der Dritten Welt die Chance gab, zu lernen. Indien etwa ist zu einem Hauptplatz der Softwareprogrammierung geworden, nachdem es früher lediglich Textilien und Lederwaren produzierte. Mit dem Wissenstransfer wurden und werden dort eigene Firmen auf den Weg gebracht, die nun selbstbewußter auftreten.

Auch hinsichtlich des dritten Problemkreises bleibt Thurow, statt die gegenwärtigen Lösungsversuche zu analysieren und dann einer Kritik zu unterziehen, beim bloßen Appell an den Staat. Das kommunitaristische Programm etwa findet sich damit ab, daß wir in einer Zeit des „small government“ leben und reagiert darauf mit dem Subsidiarmodell. Dies wird Thurow vermutlich ablehnen, diskussionswürdig ist es jedoch allemal, zumal es schlicht Faktum ist. Seine Ablehnung der kommunitaristischen Ansätze dürfte er mit deren fundamentalistischen Tendenzen begründen, die er bei den neuen Gemeinschaftsmodellen allenthalben aufspürt und kritisiert. Damit spricht er ein, wenn nicht gar das. Gefahrenmoment der kommunitaristischen Programms an; aber damit bleiben auch die verteilungstheoretischen Aspekte des Kommunitarismus, um die es ja primär geht, undiskutiert.

Passagenweise erinnert Thurows Buch an ein Schattenboxen mit alten ideologischen Gespenstern. Neuere Literatur und theoretische Ansätze werden völlig ausgeblendet. Seine eigenen Lösungsvorschläge verdienen diesen Namen nicht, da die schon die Problemanalyse fehlerhaft vorbereitet ist. Liegt dies vielleicht daran, daß Thurow in einer „Zeit gestörten Gleichgewichts“ mit ökonomischen Gleichgewichtstheorien argumentiert? Wenn dann noch diese Gleichgewichtsansätze ohne ersichtlichen Grund an beliebiger Stelle abrechnen, stellt sich die Frage, ob hier Theorie oder Praxis gestört ist. Dennoch verdient Die Zukunft des Kapitalismus eine Auseinandersetzung, schon allein weil es ein Bestseller geworden ist.

Wolfgang Melchior